

Niederschrift
Öffentliche Sitzung des Bau- und Planungsausschusses, Liegenschaften
DER STADTVERORDNETENVERSAMMLUNG
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG

Sitzungstermin:	Mittwoch, 15.06.2005
Sitzungsbeginn:	17:04 Uhr
Sitzungsende:	18:43 Uhr
Ort, Raum:	35037 Marburg, Sitzungssaal Barfüßerstraße 11

Anwesend sind:

Herr Heck, Hermann
Frau Kolter, Astrid
Frau Lakner, Anna Katharina
Herr Lohse, Ingo
Herr Markus, Jürgen
Herr Meyer, Uwe
Herr Dr. Musket, Ralf
Herr Rehlich, Jürgen ab TOP 2
Frau Seelig, Johanna
Frau Sell, Sonja
Herr Wüst, Wilfried

Für den Magistrat: Oberbürgermeister Möller, Bürgermeister Vaupel

Für die Verwaltung: Herr Rausch (6), Herr Kulle (61.1), Herr Liprecht (61.5),
Herr Kintscher (61.1), Herr Nützel (61.1, bis TOP 5)

Für die Agenda-AGs: Frau de la Motte, Herr Haberle

Für den Seniorenbeirat: Herr Schewe

Zuhörer: 6 Bürger
Presse: Marburger Neue Zeitung

Der Vorsitzende, Herr Lohse, eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Gegen die Form und Frist der Einladung werden keine Einwendungen erhoben.

Protokoll:

TOP 1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 11.05.2005

Die Niederschrift wird ohne Einwendungen genehmigt.

TOP 2 Berichte aus den Arbeitsgruppen der Lokalen Agenda 21

Herr Haberle schlägt der Stadtverordnetenversammlung im Namen der Arbeitsgruppen Ökologie und Nachhaltige Stadtteilentwicklung hinsichtlich der Beschlussfassung "Machbarkeitsstudie ZSP" vor,

- die Machbarkeitsstudie in der vorgelegten Form nicht zu beschließen, sondern lediglich zur Kenntnis zu nehmen, da bis zu einer Konkretisierung im Rahmen der Bauleitplanung noch einige Zeit vergehen wird,
- die vorgeschaltete Präambel nochmals ausdrücklich zu bekräftigen, da in der Studie einige Forderungen der Präambel nicht beachtet seien,

- eine aussagekräftige Stellungnahme der Verwaltung zur Forderung, das Gelände als Landschaftsschutzgebiet auszuweisen, einzufordern.

Frau de la Motte berichtet, dass die AG Verkehr gemeinsam mit der Projektgruppe Verkehr getagt hat. Herr Rausch hat über Maßnahmen wie Bahnhofsvorplatz und Ortenbergsteg informiert.

Die TOPs 3, 4 und 5 werden zur Beratung gemeinsam aufgerufen.

**TOP 3 Zentrum für Soziale Psychiatrie (ZSP);
Machbarkeitsstudie für den südöstlichen Teilbereich einschließlich Aufwertung Ladenzentrum Friedrich-Ebert-Straße**

Vorlage: VO/0038/2005

TOP 4 Antrag der Fraktionen SPD und B90/Die Grünen betr. Fragenkatalog zur Machbarkeitsstudie ZSP

Vorlage: VO/0212/2005

TOP 5 Antrag der PDS/ML-Fraktion betr. Teilbereich des ZSP

Vorlage: VO/0218/2005

Eine Zusatzvorlage der Fraktionen SPD und B90/Die Grünen wird als Tischvorlage ausgeteilt. Frau Sell erläutert die Vorlage an Hand der aufgehängten Pläne.

Die vorgeschlagene Beschlussformulierung lautet:

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgende Beschlüsse zu fassen:

1. Die Machbarkeitsstudie zum ZSP wird unter Hinzuziehung und Berücksichtigung unten stehender Punkte beschlossen. Im Einzelnen ist vor einer weiteren Überplanung und Vermarktung Folgendes sicher zu stellen:
 - a. Die in der Machbarkeitsstudie vorgesehene Bebauung am unmittelbaren oberen Rand des Kernbereiches links und rechts der Kapelle (d.h. die als „Platzhalter“ auf den Karten eingetragenen Kästen rechts und links der Kapelle) des ZSP wird aus den Planungen gestrichen. Sie widerspricht dem Beschluss des Stadtparlaments vom September 2003 und den Vorschlägen der damals tagenden Arbeitsgruppen.
 - b. Es muss unter allen Umständen gewährleistet sein, dass zwischen der neuen Bebauung, die sich an das Ladenzentrum in der Friedrich-Ebert-Straße anschließt und dem Kernbereich des ZSP eine Verkehrsunterbrechung für den Kfz-Verkehr realisiert wird, um Abkürzungen, Durchgangsverkehr u. ä. absolut zu unterbinden.
 - c. Die vorgesehene Bebauung nahe des Ladenzentrums soll in der Bauleitplanung als 1 Bebauungsplan in 4 Bauabschnitten ausgewiesen werden. Dabei muss gewährleistet sein, dass das Maß der baulichen Nutzung die in der Machbarkeitsstudie vorgeschlagenen Größenordnungen nicht überschreitet. Die Ausweisung bzw. Öffnung der Bauabschnitte soll in der vorgeschlagenen Reihenfolge erfolgen, wobei jeweils der vorhergehende Bauabschnitt bis zu 90 % verwirklicht sein muss, bevor weitere Teile umgesetzt werden.
 - d. Ein signifikanter Anteil der entstehenden Wohneinheiten muss barrierefrei, weitere Teile sollen barrierearm errichtet werden. Dies soll dem

Ziel dienen, behinderten-, alten- und familiengerechtes Wohnen gleichermaßen zu ermöglichen. Dies gilt für jeden einzelnen der Bauabschnitte. Absichtsbekundungen für später zu verwirklichende Bauabschnitte sind nicht ausreichend.

- e. Die zu errichtenden Straßen und Wege im neu entstehenden Gebiet sollen verkehrsberuhigte Bereiche sein; autofreies und autoarmes Wohnen soll das angestrebte Ziel der Bebauung sein, entsprechend sollen die Straßen und Wege gestaltet werden. Die verkehrliche Erschließung des neuen Gebietes erfolgt ausschließlich über die Friedrich-Ebert-Straße (siehe auch Punkt b).
 - f. Die nahe gelegene Holzhackschnitzelanlage des ZSP bietet noch ausbaufähige Kapazitäten. Die neu entstehende Bebauung soll mit dem Heizsystem an diese Anlage angeschlossen werden, um eine umweltfreundliche und nachhaltige Energieversorgung zu erreichen.
 - g. Angemessene und sinnvolle Ausgleichsmaßnahmen sind im Sinne des „Stadträumlichen Strukturkonzeptes“ aufzuzeigen.
2. Der Katalog der in der Machbarkeitsstudie enthaltenen „Handlungsanweisungen zur Sicherung der Gestaltqualität“ soll bei der Umsetzung der baulichen Entwicklung angewendet werden.
3. Im Rahmen des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“ soll in die Verhandlungen mit den Eigentümern zur Aufwertung des Ladenzentrums eingestiegen werden.

Es besteht Einvernehmen, dass die Beschlussempfehlung zu den TOPs 3 - 5 in der Juli-Sitzung des Ausschusses erfolgen soll.

Die TOPs 6 und 7 werden zur Beratung gemeinsam aufgerufen.

TOP 6 Baulandentwicklung - Grundsatzbeschluss

Vorlage: VO/0333/2005

**TOP 7 Bauleitplanung in den Außenstadtteilen
- Prioritätenliste**

Vorlage: VO/0334/2005

Eine Vorlage der Fraktionen SPD und B90/Die Grünen zur Prioritätenliste wird als Tischvorlage ausgeteilt.

Herr Wüst beantragt, dass nachfolgende vorhergehende Aussage von Herrn Oberbürgermeister Möller ins Protokoll aufgenommen wird. Herr Oberbürgermeister Möller erklärt sein Einverständnis.

Die Stadt setzt auf Grund der Wünsche oder der Notwendigkeit in bestimmten Stadtteilen Prioritäten in den Kategorien 1 bis 3. In der Vorlage gibt es mehrmals Einschränkungen, warum eine Kategorie 1 nicht zwingend so zu werten ist. Eine Priorität 1 macht keinen Sinn, wenn die Fläche durch den/die Eigentümer nicht zur Verfügung gestellt wird. In diesem Fall kann in jenem Ortsteil eine Fläche z. B. aus der Priorität 3 genommen werden, sofern diese Fläche zur Verfügung steht und die übrigen Rahmenbedingungen stimmen.

Es besteht Einvernehmen, dass die Ursprungsvorlage bzw. die Tischvorlage der Fraktionen SPD und B90/Die Grünen um eine noch endgültige auszuformulierende Passage ergänzt werden soll, die in etwa zum Inhalt hat, dass die von der

Verwaltung als ungeeignet verworfenen Flächen zur Baulandentwicklung ausdrücklich nicht zur Verfügung stehen und ihre Erwähnung in der Vorlage lediglich dokumentarischen Charakter hat.

Es besteht ebenfalls Einvernehmen, dass die Beschlussempfehlung zu den TOPs 6 und 7 in der Juli-Sitzung des Ausschusses erfolgen soll.

TOP 8 Antrag der Fraktionen SPD und B90/Die Grünen betr. Ausbau der Gymnasien

Vorlage: VO/0284/2005

Der Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, bei der hessischen Landesregierung die notwendigen Finanzmittel für den Ausbau der Gymnasien anzufordern, die auf Grund der Umsetzung des neuen Hessischen Schulgesetzes und der damit verbundenen Einführung von G8 (Abitur nach der 12. Klasse) auf die Schulträger zukommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja	SPD (4), B90/Die Grünen (2), PDS/ML (1)
Enthaltungen	CDU (3), Zählgemeinschaft (1)

Aussprache wird nicht beantragt.

TOP 9 Kenntnisnahme der Niederschrift über die Sitzung des Beirates für Stadtgestaltung am 19.04.2005

Der Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften nimmt die Niederschrift zur Kenntnis.

TOP 10 Verschiedenes

Frau Sell fragt nach dem Anlass, warum die Leitplankenanlage an der Ampel Cölber Straße/L 3089 (verlängerte Neue Kasseler Straße in Richtung Cölbe) in diesem Jahr bereits 3 x ab- und angeschraubt wurde. Herr Oberbürgermeister Möller sagt eine Klärung zu.

Herr Oberbürgermeister Möller verweist auf den in der Einladung zur Ausschusssitzung mit verschickten Lageplan zur Zufahrt Parkhaus Pilgrimstein von Süden.

Frau Lakner fragt nach den Ergebnissen der Prüfung "Ampelschaltung Biegenstraße/Deutschhausstraße" und "Querungshilfe Deutschhausstraße". Herr Oberbürgermeister Möller sagt die Übermittlung der Ergebnisse zu, sobald diese vorliegen.

Herr Lohse weist auf den Termin zur Synagogen-Besichtigung am 28.06.2005 hin.

Herr Lohse bedankt sich bei dem scheidenden Oberbürgermeister Möller für die gute Zusammenarbeit mit dem Ausschuss.

Marburg, 16. Juni 2005

Vorsitzender:

gez.

Ingo Lohse

Protokoll:

Stein